



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

M., K. : Die Volkswirtschaft und ihr Congreß.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die Volkswirtschaft und ihr Congress.

Keine andere Lehre ist auf deutschem Boden in neuerer Zeit mehr in die Breite — nicht in die Tiefe — gewachsen, als die Lehre von der Volkswirtschaft, jenes Complexes von Thätigkeiten, mittelst deren die Menschen, Einzelne und Gesellschaften, sich am Leben erhalten und Vermögen erwerben. Wie der bourgeois gentilhomme nicht wenig überrascht war, als er von seinem Sprachlehrer erfuhr, daß er seit fünfzig Jahren „Prosa“ spreche, so fühlt sich jetzt der gute Deutsche gehoben, wenn er erfährt, daß er seit undenklichen Zeiten „Volkswirtschaft“ getrieben hat. Zwar ist es nicht erst seit gestern, daß die Volkswirtschaft Gegenstand einer Wissenschaft ist, welche die Gesetze ihres Wesens, ihrer Entwicklung und ihres Gedeihens zu erforschen strebt, und von den Ergebnissen ihres Forschens geleitet, Sätze aufstellt, die den Regierungen und den Regierten sagen, was Nationalwohlstand, was ihm nützlich, was ihm schädlich ist. Aber die Menge kümmerte sich nicht um diese Lehre, die auf den Kathedern vorgetragen und in Handbüchern niedergelegt, in den Verwaltungen wie in den Gesetzen und Einrichtungen unter der Wucht des Althergebrachten niedergehalten wurde. Dies ist anders geworden. Die Lehre ist unter das Volk gedrungen, ihre Sätze werden ihm durch die Tagespresse, durch die freie öffentliche Rede in großen Versammlungen vermittelt, und Regierungen dürfen es, ohne sehr unpopulär zu werden, wagen, Althergebrachtes umzuwerfen und Neues, dem heutigen Bedürfnisse Entsprechendes unter dem Schutze des Gesetzes aufbauen zu lassen.

Es ist eine sehr verdienstliche und Nutzen stiftende Arbeit, dem Volke die Erkenntniß über die Natur und die Bedingungen seines eigenen Schaffens zugänglich zu machen. In der Wissenschaft stehen wenigstens die Hauptgrundlagen fest; die Punkte, um welche die Gelehrten noch streiten in Bezug auf Preis und Werth, Grundrente, Zins und Miethe, Theilbarkeit des Grundbesitzes, über die Frage, ob der Handel productiv sei oder nicht, ob auch die Ausübung der gelehrten und künstlerischen Berufsarten nationalökonomisch zu betrachten sei oder nicht, alle diese Punkte mögen bis an's Ende der Zeiten streitig bleiben, es ist nicht nöthig, daß sie ausgetragen werden. Aber von

erheblichem Nutzen ist es unter Andern, daß in Deutschland nachgerade Jedermann im Volke einseht, daß einer Theuerung der Lebensmittel nicht abgeholfen wird, wenn man die Ausfuhr sperrt, die Bäckerläden stürmt und die Kornwucherer todtschlägt. Es ist noch nicht sehr lange her, und man braucht noch nicht sehr alt zu sein, um sich zu erinnern, wie, um einer Hungernoth zu steuern, Maßregeln ergriffen wurden, die geeignet waren, sie herbeizuführen oder doch zu verschlimmern; wie selbst Regierungen, gegen ihre bessere Ueberzeugung, den Vorurtheilen des Volkes bis zu einem gewissen Grade nachgeben zu müssen glaubten; denn ventre affamé n'a pas d'oreilles. Heut zu Tage verschließt sich die Menge nicht mehr der Erwägung, daß das Getreide im Preise steigen muß, wenn weniger gewachsen ist, daß die höheren Preise den Verbrauch auf den nothwendigen Bedarf beschränken, folglich dem Mangel entgegen wirken, daß der Ausfall zeitig zu ermitteln und nur der freie Verkehr im Stande ist, das Fehlende herbeizuschaffen. Demgemäß wird gegenwärtig in den meisten Culturländern verfahren, nur die päpstliche Regierung scheint noch nicht zu wissen, daß der Handel nicht gern in eine Mausefalle geht, und hat deshalb zwar die freie Einfuhr gestattet, aber die Ausfuhr verboten.

So ist der Sieg unbestreitbarer und, wie man heute denkt, einfach und offen auf der Hand liegender Wahrheiten über blinde, dem Interesse ihrer Träger geradezu nachtheilige Vorurtheile schon ein hoch anzuschlagendes Ergebniß der Bemühungen für die Verbreitung volkwirthschaftlicher Kenntnisse. Noch verdienstlicher aber ist der Kampf gegen Principien und Einrichtungen, die zwar von der Wissenschaft ebenso von Rechts wegen verurtheilt sind, die aber, obgleich dem Gemeinwohle schädlich, doch eine Menge von Sonderinteressen geschaffen haben, welche fest an ihnen halten. Dahin gehören die alten Verfassungen der Gewerbe und der Zollschutz für ihre Erzeugnisse. Während der Bewohner eines großen Nachbarlandes sich an jedem beliebigen Orte niederlassen, jedes ehrliche Gewerbe treiben darf, heute dieses, morgen jenes, wenn er nur die gesetzliche Steuer bezahlt, und während dieses Recht der freien Bewegung und Thätigkeit nicht nur dem Einheimischen, sondern auch dem Fremden zusteht, wird in einem andern, uns näher liegenden Staate der Vorschlag, nicht etwa für so schrankenlose Freiheit, sondern nur für einige Erweiterung der Schranken des Gewerbebetriebs, von den Vertretern des Volkes abgelehnt. Und während in einem andern großen Handelsstaate Einfuhrzölle nur noch als Verbrauchsteuern von wenigen ausländischen Artikeln, und soweit sie mit inländischen concurriren, nur mit dem gleichen Betrage der auf diesen ruhenden Steuer erhoben werden, überrumpelt in einem gleichfalls näher liegenden Lande eine Schaar von Garnspinnern eine harmlose Versammlung, um zu verhindern, daß sie ihre Ansicht ausspreche, — nicht etwa

für eine so radicale Reform des Tarifs, sondern nur für eine allmälige Ermäßigung der Eingangsabgabe von Twisten! — Hier, auf solchen Gebieten der Volkswirtschaft, wo die süße Gewohnheit des geschützten Daseins sich jeder Neuerung erwehrt, hier ist das Feld für eine fruchtbare Wirksamkeit zur Vermittelung der Lehre mit dem Leben. Den Gewerbeschulen, den technischen Mittel- und Hochschulen entwächst eine besser unterrichtete Generation, welche ihr Heil in freiem Gebrauche ihrer Kräfte, nicht mehr im Ausschlusse Anderer erblickt. Sie wird sich nicht geschützt, sondern unerträglich beengt fühlen, wenn sie als Lehrling leiden, als Geselle wandern und fechten soll, bevor ihr gestattet wird zu versuchen, ob ihr das Meisterrecht, d. h. das Recht erteilt wird, gerade dieses Gewerbe und kein anderes, gerade an diesem Orte und an keinem andern, zu treiben, um, falls die große Industrie oder eine neue Erfindung ihr Gewerbe beeinträchtigt, der Verarmung unrettbar anheimzufallen. Neben den Schulen zeigen die Genossenschaften den Weg, wie die wirtschaftlichen Kräfte sich mit besserem Erfolge vereinigen können, als in den überlebten Formen der polizeilich bevormundeten Zunft. Hunderte von Vereinen sind entstanden und vermehren sich täglich, um aus den kleinen Beiträgen der Einzelnen und dem Credite der Gesamtheit die Mittel zu gewinnen, Rohstoffe und Werkzeuge nicht allein, sondern auch Lebensbedürfnisse in größeren Mengen gegen Baarzahlung, d. h. besser und billiger, als es der Einzelne vermöchte, anzuschaffen, ihren Mitgliedern Vorschüsse zu geben und ihre Erübrigungen anzusammeln. Immer eindringlicher endlich ergeht an die Zurückgebliebenen der Ruf zur Nachfolge durch das Beispiel, welches ein Staat nach dem andern giebt, indem seine Gesetzgebung Raum schafft für freiere Entfaltung der Kräfte und für den Austausch der Erzeugnisse auf dem Weltmarkte. Mag auch vom Standpunkte einer geläuterten Theorie aus das bis jetzt vorliegende Werk der Gesetzgebungen in deutschen Staaten noch in hohem Grade unzulänglich erscheinen, so ist doch, wenn man die gegebenen Zustände, an denen die Reform vollzogen werden soll, in's Auge faßt, der Fortschritt unerkennbar. Der Theorie bleibt die hohe Aufgabe, das Ziel aufzustellen und festzuhalten, das Ziel der Erhöhung des Nationalwohlstandes, und die dahin führenden Mittel und Wege in den Ueberzeugungen der denkenden und strebenden Elemente zur Anerkennung zu bringen. Die Praxis aber muß auch mit den Factoren des Widerstandes rechnen, mit ihrer Kraft der Trägheit, mit den Nachtheilen eines jeden Ueberganges. Das Neue muß schon geworden sein, es muß seine Berechtigung, ja seine Unwiderstehlichkeit schon dargethan haben, bevor es sich organisch gestaltet und endgültig sich an die Stelle des Alten setzt. Fragen wir, woher denn in Deutschland das Wiederaufwachen des Triebes nach besseren Einrichtungen für Landwirthschaft und Gewerbe, für Handel und Creditwesen gekommen ist, so müssen wir uns sagen, daß weder Bücher noch Collegienhefte

den Impuls gegeben haben, sondern der Friede, die Dampfkraft und die Aufhebung der Zollschranken zwischen den einzelnen Ländern. Indem die Maschine, durch Dampf bewegt, der Massenproduction dienen mußte, überwältigte sie zugleich die Einrichtungen, in denen sie nicht vorgesehen war. Mochten die Verordnungen dem Buchstaben nach fortbestehen, sie waren thatsächlich wirkungslos. Die Maschine hat die Zunft vernichtet. Der junge Handwerker mußte mehr als die hergebrachten Handgriffe lernen, er fühlte täglich das Bedürfnis, einen weitem Spielraum für seine Thätigkeit zu gewinnen, die Orte aufzusuchen, wo sie noch lohnte, und für seine Genossenschaften andere Grundlagen zu suchen als das Princip der Ausschließung, auf welchem die Zunft beruhte. Wie von der Maschine die Zunft, so wurden von der Locomotive und dem Dampfer Prohibitionen und Schlagbäume, Stapel und Umschlagzwang niedergeworfen. Der Handel konnte eben so wenig wie das Gewerbe die alten Fesseln tragen. Wurden sie an einer Stelle gelockert, so ergoß sich dorthin der Strom des Verkehrs, und die Straße, die sich nicht hätte öffnen wollen, wäre verödet.

So sind es also die neuen Werkzeuge und Wege der Industrie und des Handels, welche die alten Verfassungen und Einrichtungen für den Betrieb der Gewerbe und den internationalen Verkehr zuerst erschüttert haben. Selbst die Anhänger der Zünfte und des Zollschutzes, ja sie zuerst, erkannten, daß sie den neuen Erscheinungen gegenüber nicht beim Alten bleiben könnten, und sie verlangten — Verbesserung. Die Uebergriffe des Fabrikbetriebs und des Handels in das Gebiet des Handwerks sollten abgewehrt, dem Handwerker sollte der Verkauf von Fabrikaten, die in sein Geschäft einschlagen, gestattet, es sollte für Unterricht in technischer Richtung Gelegenheit geboten werden. Die junge Industrie verlangte Erhöhung der Einfuhrzölle auf ausländische Fabrikate, damit sie nicht dem größern Capital, den vollkommeneren Maschinen des Auslandes erliege. Beide fürchteten die Einflüsse der Theorie auf die Regierungen, und suchten daher die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Handwerk und Großgewerbe, unter sich im Streite, verbanden sich doch im Kampfe gegen die Tendenzen des Beamtenthums für Gewerbe- und Handelsfreiheit, und ihnen verdanken wir die ersten Bemühungen, Interesse an volkswirtschaftlichen Fragen in der Nation zu erwecken. Die trefflichsten Dienste als Agitator für diesen Zweck hat Friedrich List geleistet, dessen Geburtsort, Reutlingen, unlängst die Theilnehmer an dem volkswirtschaftlichen Congreß in Stuttgart besucht haben. Man beurtheilt diesen Mann sehr einseitig, wenn man, wie so häufig geschieht, ihn als Apostel des Zollschutz-Systems verehrt oder verunehrt. List war der Pionier des Zollvereins und der Eisenbahnen. Der freie deutsche Markt, ein deutsches Handelsgebiet, versehen mit Schienenwegen und Kanälen, eine Entwicklung für sein Vaterland, wie er

sie in England und Amerika geschaut hatte, dies waren seine höchsten Ziele. Und wenn er für die werdende deutsche Industrie Zollschutz gegen die englische Uebermacht verlangte, so darf man nicht vergessen, daß auch England damals noch seinen Markt den fremden Fabrikaten verschloß, und daß der Schutz, welchen Liss für Gespinnte und Gewebe vorübergehend verlangte, ein Maß und ein Ziel hatte, welches den Industriellen, die hinter ihm standen, weitaus nicht genügte. Es ist wahr, daß Liss nur zum Anregen, nicht zum Ausführen seiner Ideen und Entwürfe geschaffen war. Aber seine anregende Thätigkeit fiel in die rechte Zeit des Erscheinens der neuen bewegenden Kräfte, welche die Bedingungen der Production und des Transports umgestalten mußten; sie war von hohem Werthe. Den süddeutschen Industriellen folgte er nicht auf die Abwege, auf welche sie ihn für ihre Schutzbegehren führen wollten, und es ist zu beklagen, daß er im Zwiespalte zwischen der Existenz und der Ueberzeugung ein trauriges Ende nahm.

Waren die ersten Anregungen zur Verbreitung volkswirthschaftlicher Lehren in weiteren Kreisen, hervorgerufen durch die umgestaltende Kraft des Dampfes, von den Seiten ausgegangen, welche nach Hilfe riefen, die Einen, die Handwerker, gegen die erdrückende Concurrenz der Großgewerbe, die anderen, eben diese Großgewerbe, gegen die erdrückende Concurrenz des Auslandes, so nahm der weitere Verlauf der Popularisirung nationalökonomischer Kenntnisse doch bald eine andere Richtung. Die Wissenschaft war es zunächst, welche das Gesamtinteresse dem Sonderinteresse an die Seite stellte, und aufdeckte, wie das wahre und berechtigte Sonderinteresse auf dem nämlichen Wege Befriedigung finde, auf welchem der Nationalwohlstand gefördert wird. Dem Kleingewerbe Unterricht, freie Bewegung und Selbsthilfe durch Vereinigung der Kräfte, den Großgewerben, denen Bildung und Einsicht bei Anlage und Betrieb eben so wenig wie Capital, Arbeitskräfte und die übrigen natürlichen Bedingungen ihres Gedeihens vom Staate zu octroyiren sind, billigen und leichten Transport, ein großes, freies Marktgebiet, aber keine Abwehr des Sporns der Mitbewerbung mit dem Auslande: dies waren die Sätze, welche selbst unter den Betheiligten Eingang gefunden haben, soweit sie überhaupt für Belehrung zugänglich waren. Man muß gestehen, daß die Handwerker, namentlich die jüngeren, in dieser Beziehung etwas voraus haben, und sie konnten auch der Einsicht sich nicht verschließen, daß ihnen gegen die Industrie und den Handel nicht durch Verbote und Beschränkungen, sondern nur durch Befreiung von den Fesseln, die ihrer eigenen Thätigkeit angelegt waren, geholfen werden könne. Der Industrie wollen wir nicht Schuld geben, daß manche ihrer Federführer entseßlich gelogen haben. Gegenüber jener äußersten Linken der Freihändler, welche zollfreie Einfuhr ihrer englischen Waaren als Ziel ihrer Wünsche aufstellten, haben Wortführer der Großgewerbe nicht nur unsinnige

Tarife vorgeschlagen, sondern auch den Untergang der Industrie als Folge einer Tarifiermäßigung oder einer Nichterhöhung des bestehenden Tarifs geweissagt, während glücklicherweise dessenungeachtet die Industrie ihre Anlagen und ihre Production bedeutend erweitert hat.

Allmählig haben sich die Extreme wenigstens von der Oberfläche zurückgezogen, es zeigt sich, wo öffentlich verhandelt wird, in der Regel auf beiden Seiten die Neigung, sich zu verständigen, bessere Gewerbegesetze werden eingeführt oder vorbereitet, und der Kampf zwischen Freihandel und Zollschuß tritt aus den vagen Allgemeinheiten auf praktischen Boden und dreht sich um die Vereinfachung des Tarifs und die Höhe bestimmter Sätze. Diese erfreuliche Wahrnehmung glauben wir vorzugsweise in der wachsenden Theilnahme aller Klassen an volkwirtschaftlichen Fragen und in der Ausbreitung national-ökonomischer Bildung begründet, und das Verdienst, diese Theilnahme und Bildung geweckt zu haben und zu fördern, vindiciren wir zum großen Theile den Gründern und Leitern, wie den Theilnehmern des volkwirtschaftlichen Congresses.

Im Jahre 1858 hatten sich zum ersten Male auf die Einladung weniger Männer einige achtzig Theilnehmer in Gotha eingefunden, um zu versuchen, durch periodisch wiederkehrende Versammlungen, durch ihre öffentlichen Verhandlungen und deren Verbreitung im Drucke, auf die Entscheidung wichtiger volkwirtschaftlicher Fragen einen heilsamen Einfluß zu üben. Die Ausübung des Rechtes, sich zu erlaubten Zwecken zu versammeln war damals nicht überall in Deutschland gesichert; man hatte Gotha gewählt, weil man dort wenigstens darauf rechnen durfte, von der Polizei nicht gestört zu werden. Die Versammlung gab sich ein Statut und darin die Einrichtung einer ständigen Deputation. Sollte der Versuch die Möglichkeit einer Zukunft haben, so mußte ein Collegium bestellt werden, welches für die Ausführung der Beschlüsse sorgte und die Tagesordnung für die nächste Versammlung vorbereitete. Man vermied dabei ängstlich Alles, was einem Vereine ähnlich sah, daher auch das Wort, „Auschuß“. Ein Verein unterlag Gesetzen, in deren Anwendung auch der unschuldigste bei einigem guten Willen verboten werden konnte. Wir erwähnen dieser kleinen Nebenumstände nur als eines Beispiels unter vielen, welche zeigen, daß seit drei Jahren das öffentliche Leben in Deutschland Fortschritte gemacht hat. Im Jahre 1859 tagte der Congress in Frankfurt, 1860 in Köln und gegen die Mitte September dieses Jahres in Stuttgart. Gewerbe-Verfassungen, Genossenschaften, Zölle bildeten die Hauptgegenstände der Verhandlungen, welche gediegene Arbeiten und Vorträge zu Tage förderten; die Beschlüsse waren im Einklange mit der Lehre der Volkswirtschaft, ohne die Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse aus dem Auge zu lassen. Es ging dem Congress gut. Die Zahl der Theilnehmer stieg von

80 auf 150, 200, 300; der Empfang an den Sigen der Versammlung wurde immer freundlicher, ihren Aussprüchen wurde eine immer größere Bedeutung beigelegt, sowol von den Klassen, deren Interessen vorzugsweise zur Sprache kamen, wie von Corporationen, Ständemitgliedern und Beamten. Der vor drei Jahren in Gotha mit einiger Schüchternheit gemachte Versuch darf heute als gelungen betrachtet werden. Die Männer, welche Zeit und Mühe vorzugsweise der Sache gewidmet hatten, durften sich sagen, daß ihre Arbeit nicht vergebens war. Sie fingen an, sich zu fühlen und die Theilnehmer an den Congressen nannten sich „Deutsche Volkswirthe“. Wir müssen gestehen, daß uns diese Bezeichnung nicht gefällt, aus dem einfachen Grunde, weil sie nicht richtig ist. Ist etwa das Volk der Gegenstand, an welchem die Mitglieder des Congresses eine wirthschaftliche Thätigkeit üben? Bewirthschaften sie das Volk, wie der Landwirth das Land, der Forstwirth den Forst, oder bewirthen sie das Volk wie der Gastwirth den Gast? Schwerlich werden sich die Mitglieder des Congresses zu einem derartigen Verufe bekennen. Sie sind im Gegentheil, wo sie sich versammeln, willkommene Gäste des Volkes aber nicht seine Wirthe. Volkswirthschaft treibt das Volk, nicht der Einzelne; es ist eben die gesammte wirthschaftliche Thätigkeit Aller, nicht das Geschäft eines Einzelnen oder einer besonderen Klasse. Der Ausdruck „Volkswirth“ klingt zwar hübsch, aber der Geist der deutschen Sprache wird sich nicht den Zwang anthun lassen, darunter das zu verstehen, was die Erfinder des Wortes etwa damit ausdrücken wollen: einen Mann, der sich mit der Volkswirthschaftslehre beschäftigt. Das thun die Mitglieder des Congresses, als Lehrer vom Fache, als Schriftsteller, als Redner, in den Berathungen der Sectionen oder als Stimmgeber zu den Beschlüssen. Vermuthlich entstand der Volkswirth aus einer mißlungenen Uebersetzung des Nationalökonomens. Aber Nationalökonomie ist die Lehre von dem Volks- und Staatshaushalte und Nationalökonomens sind die Lehrer dieser Wissenschaft. Wir wollen wünschen, daß sich diese häufiger als bisher bei den volkswirthschaftlichen Congressen einfinden mögen, inzwischen können wir uns nicht entschließen, den Theilnehmern die Last aufzulegen, Volkswirthe zu sein, wir sehen in ihnen die höchst ehrenwerthen Mitglieder der volkswirthschaftlichen Congresses, Männer, die sich redlich bemühen, den Lehren der Volkswirthschaft Eingang in die Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft zu verschaffen.

Weil wir aufrichtig wünschen, daß der volkswirthschaftliche Congreß wachsen und gedeihen, daß er, auf dem rechten Wege fortschreitend, an Einfluß gewinnen möge, gerade deshalb wünschen wir, daß die Leiter desselben sich die auf der Stuttgarter Versammlung erhaltene Lehre zur Warnung dienen lassen und zu Herzen nehmen mögen. Der volkswirthschaftliche Congreß war noch nirgends mit so viel Artigkeit und Liebenswürdigkeit aufgenommen

worden wie in Stuttgart. Die Regierung hat für seine Versammlungen den großen Saal des Königshauses zur Verfügung gestellt. Minister von Linden lud die Theilnehmer zu einer Extrafahrt nach Reutlingen, der Magistrat zu einem Festmahle auf der Silberburg; die Stadt bestritt die Ausgaben der Versammlung; das Museum öffnete ihr seine Räume, die Centralstelle für Industrie ihr Musterlager, die Centralstelle für Landwirthschaft die Anstalt in Hohenheim, kurz die Residenz von Schwaben überbot sich in Beweisen herzlicher Gastfreundschaft. Das jugendliche Gemüth des ehrwürdigen Vorsitzenden der „ständigen Deputation“ machte dem Dankgeföhle Lust in einem Hochrufe auf den König, und wer weiß, ob nicht die Versammlung sich getrennt hätte, ohne recht zur Besinnung gekommen zu sein, wenn nicht . . . doch wir wollen der Ernüchterung nicht vorgreifen.

Die ständige Deputation hatte eine gewichtige Tagesordnung mitgebracht. Der verehrte Vorsitzende der Deputation, der treffliche Präsident der Versammlung und der rastlos thätige Berichterstatter über die Gewerbegesetzgebung unterließen nicht, hervorzuheben, was Alles die Volkswirthschaft dem Congresse bereits zu verdanken habe: Aufhebung der Durchgangsabgaben, Ermäßigung der Flußzölle, freisinnige Gewerbeordnungen. Seine Bundesgenossen seien die volkswirthschaftlichen Vereine und der Handelstag, seine Gegner die Feudalisten und Socialisten. Die Schwaben erföhren, daß sie ihre Liebkosungen nicht an Unwürdige verschwendeten. Die Verhandlungen nahmen ihren Fortgang, und wir wollen gleich hier die Gegenstände aufzählen, welche durch Beschlüsse, die den Anträgen entsprachen, oder doch nicht wesentlich davon abwichen, erledigt wurden, nachdem die Versammlung in ihrer ersten Sitzung am 9. September über das Wesen und die Aufgabe der Volkswirthschaft einen Redner vernommen hatte, dessen Vorträge als unvermeidlich jeweils angehört werden müssen. In der nämlichen Sitzung wurde beschlossen: neben der Gewerbefreiheit die Beibehaltung der Innungen als öffentliche Institution mit Zwangsbeitritt nicht zu empfehlen. Zwei weitere, beschränkende Anträge verschwanden mittelst Ueberweisung an die ständige Deputation. Am zweiten Tage wurde bei den Erörterungen über Bevölkerungsstatistik begutachtet, daß die Volkszählung gesetzlich geordnet und nach Einer Methode vorgenommen werden möge. Es ging dabei nicht ganz ohne Widerspruch ab, doch konnte der in seinem Fache ausgezeichnete Berichterstatter zufrieden sein. Er hatte in seiner frühern amtlichen Stellung mit endlosen Tabellen die Bürgermeister furchtbar geplagt, und diese hatten sich durch Ausfüllung der Rubriken mit fabelhaften Angaben, die dann als Grundlage höchst werthvoller statistischer Zusammenstellungen dienten, nicht minder furchtbar gerächt. Weniger glücklich war er bei der Berathung über den Realcredit mit der Empfehlung der Hypotheken-Versicherungs-Gesellschaften, deren erste ihm ihr Dasein verdankt.

Die Versammlung ging zur Tagesordnung über. Bei der hierauf folgenden Münzfrage schloß man sich dem Heidelberger Handelstage an, welcher die Mark von 10 Silbergroschen =  $\frac{1}{2}$  österreichischen Gulden = 35 Kreuzer rheinisch als einheitliche Silbermünze empfohlen hat, und erklärte es außerdem für wünschenswerth, keine Goldkronen mehr zu prägen, sondern an deren Stelle ein Goldstück, welches dem Zwanzigfrankenstücke gleich sei. Warum nicht ein Bremer aufstand, um den Sovereign zu empfehlen, ist uns unbekannt. Auch das Bankwesen wurde besprochen und der preußische Entwurf einer Uebereinkunft wegen der Geldsurrogate (mit Ausschluß des Staatspapiergeldes) den Anforderungen an eine richtige Gestaltung des deutschen Zettelbankwesens nicht entsprechend gefunden, — eine Ansicht, welcher wir vollständig beitreten. — Am vierten Tage (auf den dritten kommen wir sogleich zurück) wurde das Versicherungswesen vorgenommen und erklärt, daß das Concessionswesen schädlich und eine gesetzliche Regelung nothwendig sei. Der Antrag, daß bei der Londoner Industrie-Ausstellung die deutsche Ausstellung, mindestens die aus dem Zollverein, als ein zusammengehöriges Ganze aufgestellt werden möge, wurde mit Weglassung der eventuellen Beschränkung auf den Zollverein, zum Beschlusse erhoben, obgleich der württembergische Commissar bei den früheren Weltausstellungen sich dagegen erklärt und behauptet hatte, die Aussteller würden weit besser fahren, wenn jedes Land einen besondern Commissar und einen besondern Platz habe. Zum Schlusse wurde noch das Monopol der Eisenbahnen besprochen, und man einigte sich in der Ansicht, daß die Concurrenz von Eisenbahnunternehmungen zwischen zwei Punkten nicht ausgeschlossen, auch nicht erschwert, vielmehr erleichtert werden sollte. Ueberblickt man die hier nur summarisch aufgezählten Gegenstände, so wird niemand verkennen, daß in der kurzen Zeit eine Reihe wichtiger Fragen öffentlich besprochen und über ihre Behandlung und Lösung richtige Ansichten geäußert und von der Mehrheit getheilt worden sind. Für manche dieser Fragen lagen gediegene Ausarbeitungen vor, und nach den Zeitungsberichten, unter denen die Referate des Schwäbischen Merkur die Anerkennung der Versammlung selbst gefunden haben, waren die Debatten nicht allein trefflich geleitet, sondern auch durchschnittlich mit Sachkenntniß und ohne Abschweifungen geführt. Allein bei mehreren der obenerwähnten Gegenstände, wie bei dem Eisenbahnmonopol, der Londoner Industrie-Ausstellung, dem Münz- und Bankwesen, finden wir den einen Punkt nicht berührt, daß sie nur auf dem Wege des Uebereinkommens oder der Verträge unter mehreren oder allen deutschen Regierungen geordnet und weiter geführt werden können. Wohin wir auf diesem Wege bis jetzt gelangt sind, geht aus den Verhandlungen selbst zur Genüge hervor. Es fehlt den gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Deutschland eine obere, durch eine Nationalvertretung contro-

lirte Leitung; es fehlt selbst eine Stelle, welche die Streitigkeiten zwischen Regierungen entscheidet, wenn man nicht etwa Dinge, wie die Weigerung Hannovers, eine Eisenbahn von Minden nach der Jahde über eine kleine Strecke seines Gebietes bauen zu lassen, einem Austrägalgerichte zur Bestattung überweisen will. Diesen einen Punkt hat der volkswirthschaftliche Congreß nicht berührt; er glaubte weise zu handeln, und er hat sich geirrt. Der Handelstag in Heidelberg, selbst der Juristentag in Dresden waren ihm mit besserem Beispiele vorgegangen, er ist ihnen nicht nachgefolgt. Diesen Fehler hat der Congreß mit einer Niederlage bei der Zollfrage gebüßt.

Daß Zollwesen war auf der Tagesordnung mit drei Nummern bedacht. Es sollte verhandelt werden; 1) über Besteuerung des Zuckers im Zollverein; 2) desgleichen über Twistzölle; 3) Niederlegung einer permanenten Commission in Bezug auf die Reform der Zollvereinsgesetzgebung beim bevorstehenden Ablaufe der Zollvereinsverträge. Dieser letzte Antrag wurde am 11. September zuerst zur Debatte ausgesetzt, nachdem ein Vortrag über Zollvereinszustände einleitend vorausgegangen war. Tags zuvor hatte der König die Theilnehmer huldvoll empfangen und ihnen von dem Nutzen des Zollschutzes für die Industrie gesprochen; für den Nachmittag war die Extrafahrt nach Reutlingen anberaumt. Zwischen den Süßigkeiten lag die Pille. Die Verhandlung soll, nach den vorliegenden Berichten, sehr lebhaft, sehr warm gewesen sein. Sie endete mit dem Uebergang zur Tagesordnung, für welche die Mehrheit mit 115 gegen 104 Stimmen sich aussprach. Nach der verunglückten Commission kamen die Twistzölle. Die Debatte wurde durch die Extrafahrt unterbrochen, und am folgenden Tage wurden die Anträge auf stufenweise Ermäßigung der Twistzölle ebenfalls, mit 98 gegen 88 Stimmen, durch die Tagesordnung beseitigt. Nun hatten die geschlagenen Führer genug; sie ließen die Zuckerzölle fallen. Woher aber die Niederlage, der man doch in Köln noch glücklich entgangen war, obgleich dort auch Eisenproducenten um Erhaltung des Schutzes für ihre tief darnieder liegende Industrie gebeten hatten, nachdem, taktlos genug, in einem so unpassenden Zeitpunkte, und ohne jede Aussicht auf baldigen Erfolg, die Ermäßigung der Eisenzölle zur Sprache gebracht worden? Woher insbesondere der Eifer gegen Ernennung einer Commission über die Reform der Zollvereinsgesetzgebung? Zuerst die Twistzölle, bei denen die Sache ganz einfach liegt. Die Mehrheit war von den Spinnern aus Würtemberg und Augsburg gemacht, denen es sehr gut geht, und die deshalb nicht so artig waren wie die gedrückten Hüttenbesitzer am Rhein. Sie wollen keine Ermäßigung der Twistzölle — die Weber denken anders — und sorgten daher für eine Mehrheit gegen den Antrag. War die Mehrheit nicht größer, so kommt dies vermuthlich daher, daß die Herren nicht mehr Geld für Eintrittskarten ausgeben wollten, als für ihren Zweck

nöthig war. — Schlimmer ist der Fall der permanenten Commission. Der Antrag enthielt für die Commission keinerlei Instruction, nicht die leiseste Andeutung eines Standpunktes, von welchem aus die Reform der Zollvereinsgesetzgebung aufgefaßt werden sollte. Aber die gegnerische Mehrheit witterte Politik. Sie war zwar auch vorwiegend eine locale Majorität, aber die Spinner, denen die Frage, ob Commission oder nicht, ohne Zweifel höchst gleichgültig war, stimmten wol nur dagegen, weil eine Hand die andere wäscht, den Particularisten zu gefallen, welche keine Politik wollten. Leider sagten die Andern, sie wollten auch keine Politik. Da denuncierte ein hervorragendes Mitglied der württembergischen Aristokratie, ein geschickter Vorkämpfer für conservative und andere Interessen, eine gleichzeitig umlaufende Druckschrift, betitelt: Grundzüge für die Reorganisation des deutschen Zollvereins — welche die Vorstandschaft des Gesamtvereins an die Krone Preußen überträgt, der bei der oberen Leitung ein Staatenrath zur Seite steht, der wieder bei gewissen Vorlagen an die Zustimmung eines Staatenhauses gebunden ist. — Und dabei sollte kein politischer Hintergedanke sein? Der edle Herr schrieb die Autorschaft der Grundzüge Herrn David Hansemann in Berlin zu, der an dem Congresse nicht theilnahm, bald jedoch in der Bank- und Handelszeitung die Vaterschaft ablehnte. Naiver Weise wird in den Motiven der Grundzüge angegeben, daß es dabei auf keine andere als die bestehende Bundesverfassung abgesehen sei, doch sollten die Vorschläge einer Reform der Bundesverfassung nicht in den Weg treten. Steht nun die Druckschrift mit dem Antrage an die Versammlung in irgend einem Zusammenhange oder nicht? Die Vertheidiger des Antrags schwiegen, und man darf daher annehmen, daß ein solcher Zusammenhang allerdings vorhanden war.

Die Sache stand mithin so. Die Einen sagten: nehmt unsern Antrag, er ist ganz gewiß nicht politisch; die Andern erwiderten: wir wollen euren Antrag nicht, denn er riecht sehr stark nach Politik. Auf beiden Seiten blieb ein Hintergedanke — der Bundesstaat, den die Einen wollten, die Andern nicht. Man sprach von der Commission, und man meinte den Bundesstaat. Das war eine schiefe Stellung auf beiden Seiten, und da pflegen die Debatten heftig und unerquicklich zu werden. Wir sind der Meinung, daß die Verfassung des Zollvereins eine Frage ist, welche sich zur Besprechung in dem volkswirtschaftlichen Congreß sehr wohl eignet; daß aber dieser Gegenstand durchaus ein politischer und daß es gradezu abgeschmackt ist, dies zu leugnen. Um sich davon zu überzeugen, lese man die Verhandlungen und Schriften von der Kündigung des Zollvereins von Seiten Preußens im Jahre 1851 bis zur Erneuerung der Verträge 1853. Die Antragsteller haben sich an jene Vorgänge schwerlich erinnert, sie scheinen überhaupt die Sache etwas leicht genommen zu haben. Wenn sie den Congreß von der Politik fern halten wollen,

so dürfen sie die Verfassung des Zollvereins nicht zur Sprache bringen, und thun sie es dennoch, so muß ihnen begegnen, was in Stuttgart geschehen ist, — sie blamiren sich.

Die Sieger erwiesen sich großmüthig. Im Sinne der großen Römerpolitik — *parcere subjectis* — halfen sie ihnen beschließen, es sei zu wünschen, daß der Zollverein immer größer werde, wie das deutsche Vaterland; ihr deutsches Gemüth verführte die Versammlung sogar für den Antrag eines Märtyrers der modernen Cultur aus Mecklenburg zu stimmen, man solle verhindern, daß in den nicht zum Zollverein gehörigen Staaten etwas geschehe, was die Annäherung an denselben erschwere, insbesondere also, daß Mecklenburg einen Grenzzoll einführe. Nun ist aber die Aufhebung der mecklenburgischen Binnenzölle, die Verlegung ihrer Zollstätten aus dem Innern an die Grenze, keine Erschwerung des Beitritts zum Zollverein, und wenn die Behauptung des Antragstellers richtig ist, daß daraus den mecklenburgischen Finanzen ein schwerer Nachtheil erwachsen werde, so ist dies sogar ein starkes Motiv für den Beitritt zum Zollverein. Der ehrliche Mecklenburger hat sich geirrt, und die Versammlung war durch die vorausgegangene Discussion für Irrthümer empfänglich geworden. Aber der Mecklenburger will doch den Zollverein, und unterscheidet sich dadurch von seinen dem Vereine ebenfalls nicht angehörigen Nachbarn, die zwar im Congresse über Zollfragen reden und stimmen, den Wunsch zum Beitritte aber nicht zu erkennen geben. Es hilft nun nichts, wenn die Geschlagenen ihre Niederlage, deren Unrühmlichkeit sie selbst verschuldet haben, zu bemänteln suchen, indem sie angeben, der Kern des Congresses sei von seiner Schale majorisirt worden, die Beschlüsse (Ablehnung ihrer Anträge) seien nicht der Ausdruck der öffentlichen Meinung, das Resultat (Tagesordnung) sei für eine volkwirthschaftliche Agitation eine kostbare Frucht, weil die Gegner einen unhaltbaren Standpunkt einnahmen u. dgl. Sie werden besser thun, wenn sie aus dem Vorgange in Stuttgart lernen, daß es nicht gut ist, sich selbst zu überschätzen und die Gegner zu unterschätzen, und daß es unter allen Umständen für die Theilnehmer an öffentlichen Meinungskämpfen nöthig ist, den Muth ihrer Ueberzeugung mitzubringen, daß sie nur unter dieser Voraussetzung mit Ehren siegen oder unterliegen.

Wir würden fürchten und beklagen, daß der volkwirthschaftliche Congress durch sein Fiasco in Stuttgart für die fernere Behandlung von Zollvereins-Angelegenheiten unbrauchbar geworden sei, wenn uns nicht die Zeitungen die angenehme Nachricht gebracht hätten, daß ein Anti-Congress von Industriellen und Particularisten nach Frankfurt a. M. berufen werde. Ein Verein von Anti-Volkswirthen in Frankfurt wie der Anti-Nationalverein in Berlin — das kann helfen!

R. M.